

Kongress und Bundesstaaten untersuchen Versuche, Richter in Bezug auf den Klimawandel irrezuführen

geschrieben von Chris Frey | 6. März 2026

H. Sterling Burnett

Ein Freund und ehemaliger Kollege von mir, der verstorbene Dr. Jay Lehr, langjähriger wissenschaftlicher Direktor am Heartland Institute, pflegte in Bezug auf Umweltklagen zu sagen: „Wenn das Gesetz auf deiner Seite ist, dann nutze das Gesetz; wenn die Fakten auf deiner Seite sind, dann nutze die Fakten; wenn beides nicht auf deiner Seite ist, dann schlag mit der Faust auf den Tisch.“

Die Mafia und einige finanzkräftige Angeklagte haben seit langem eine vierte Lösung, die weniger vom Zufall abhängt: Bestechung eines Geschworenen.

Klimapessimisten und Umweltlobbyisten haben noch ein weiteres Hintertürchen gefunden, um ein günstiges Urteil zu erzielen, ohne Rücksicht auf Fakten und Gesetze: Sie belügen, täuschen oder „erziehen und schulen“ die Justiz darin, wie sie über den Klimawandel denken soll.

Dutzende von Klagen wurden gegen multinationale Öl- und Gasunternehmen und die Lobbygruppen, die sie in den Vereinigten Staaten vertreten, von Bundesstaaten und vor allem lokalen Regierungen sowie einigen privaten Parteien eingereicht. In Wahrheit hätte keine dieser Klagen mit ihren neuartigen und in der Tat nicht beweisbaren Vorstellungen von rechtlicher Haftung jemals vor Gericht kommen dürfen. In der US-Verfassung wird dem Kongress und dem Präsidenten die alleinige Befugnis zur Regulierung des zwischenstaatlichen Handels übertragen, zu dem der Handel mit und die Nutzung von Öl, Gas und Kohle zweifellos gehören.

Die Gerichte sind einfach nicht das richtige rechtliche und verfassungsmäßige Forum, um die relativen Vorteile und Kosten der Entwicklung und Nutzung fossiler Brennstoffe zu erörtern. Folglich hätte jeder dieser Fälle vor der ersten Klageerhebung vor der Gerichtstür abgewiesen werden müssen. Das spielt jedoch keine Rolle, da sie zugelassen wurden und während einige abgewiesen wurden, andere noch immer vor Gericht verhandelt werden.

Climate Change Weekly und Environment & Climate News, als es noch veröffentlicht wurde, haben über den Verlauf dieser Fälle berichtet und die vielen Abweisungen und Niederlagen dokumentiert, welche die

klagenden Aktivisten erlitten haben. Fast jede Abweisung basierte auf den oben erwähnten Fragen der Bundesvorrangigkeit und des zwischenstaatlichen Handels.

Da das Gesetz solche Klagen nicht begünstigt und die Fakten und Billigkeitsaspekte eine Angelegenheit des Kongresses sind (wie in den bisher endgültig entschiedenen Fällen anerkannt worden war), versuchen Klimarechtsgruppen, dies zu umgehen, indem sie die Justiz irreführen, wie in einem aktuellen Fall in [Oregon](#), und versuchen, Richter zu „trainieren“, damit sie „richtig“ über den Klimawandel denken.

Der Versuch, Richter darin zu schulen, „richtig“ über den Klimawandel zu denken, ist nicht neu. Das Environmental Law Institute (ELI) veranstaltet seit mehr als einem Jahrzehnt [Fortbildungen](#) und Seminare zum Thema Klimawandel für Richter. Die Reise-, Unterbringungs-, Verpflegungs- und Materialkosten der Richter werden übernommen. Das ELI ist ausdrücklich eine Interessenvertretung, deren „Aufgabe es ist, innovative, gerechte und praktische rechtliche und politische Lösungen zu fördern, damit Führungskräfte über Grenzen und Sektoren hinweg ökologische, wirtschaftliche und soziale Fortschritte erzielen können“.

Das ELI gibt an, dies unter anderem durch die „Ausbildung von Richtern auf der ganzen Welt“ zu erreichen.

Richter haben jedoch nicht die Aufgabe, Neuerungen einzuführen: Sie sind dafür zuständig, bestehende Gesetze so durchzusetzen, wie sie von den ordnungsgemäß gewählten Vertretern des Volkes verfasst und verabschiedet wurden. Die Gerichte sind nicht der Ort, an dem neuartige Rechtstheorien entwickelt werden, um die Vorstellungen eines bestimmten Richters oder einer Clique von Richtern über soziale, wirtschaftliche oder ökologische Gerechtigkeit zu verwirklichen.

Obwohl das ELI nicht an den landesweit eingereichten Klimaklagen beteiligt ist, zitiert und unterstützt es in seinen Schulungsunterlagen die Forschungsergebnisse der gleichen „Experten“ sowie die Rechtstheorien und Positionen, die die Kläger in diesen laufenden Verfahren vertreten. Die Position des ELI lautet, dass der Klimawandel ein „großes Umwelt- und Gesundheitsproblem“ ist, das durch „Kohlenstoffverschmutzung, hauptsächlich durch fossile Brennstoffe“ verursacht wird, die „das Klima dramatisch verändert und Menschen in Gefahr bringt“. Das ELI lehnt jede legitime Debatte über die Ursachen und Folgen des Klimawandels ab.

ELI sagt Richtern, was sie über Klimawissenschaft denken sollen, welche Beweise gut sind, welchen Wert Konsens hat und wer vertrauenswürdig ist. Wenn die gleichen Experten und Studien als Beweismittel vorgelegt werden, haben die Richter nun die Schulung von ELI im Hinterkopf, wenn es darum geht, wem und was sie glauben sollen. So viel zur Blindheit der Justiz.

Die Besorgnis über die Klimaseminarreihen von ELI und deren Potenzial,

die Justiz zu beeinflussen und damit ihre Unabhängigkeit und Treue gegenüber der Verfassung und dem geschriebenen Recht zu gefährden, hat eine Untersuchung durch den Justizausschuss des US-Repräsentantenhauses ausgelöst. Der Vorsitzende des Ausschusses, Jim Jordan (R-OH), und der Vorsitzende des Unterausschusses für Gerichte, Darrell Issa (R-CA), schickten vier Briefe an Justizgruppen und Anwälte, in denen sie um weitere Informationen über die Kommunikation mit dem Environmental Law Institute baten, berichtete Fox News am 14. Januar:

Der Justizausschuss untersucht Vorwürfe, wonach das Environmental Law Institute (ELI) und sein Climate Judiciary Project (CJP) in unzulässiger Weise versucht haben sollen, Bundesrichter zu beeinflussen. In öffentlichen Berichten wurden Bedenken hinsichtlich offensichtlicher Bemühungen des ELI und des CJP dokumentiert, Richter zu beeinflussen, die möglicherweise über Klagen im Zusammenhang mit angeblichen Klimawandelvorwürfen entscheiden könnten, heißt es in dem Schreiben an die Justizkonferenz der Vereinigten Staaten (JCUS).

Diese Bemühungen scheinen das grundlegende Ziel zu haben, Bundesrichter zugunsten von Klägern zu beeinflussen, die Schäden durch die Herstellung, Vermarktung, Verwendung oder den Verkauf von Produkten aus fossilen Brennstoffen geltend machen.

Mit der Veröffentlichung des vierten Referenzhandbuchs zu wissenschaftlichen Beweisen des Federal Judicial Center (FJC) wurden zusätzliche Bedenken hinsichtlich der Vereinnahmung der Justiz laut. Zum ersten Mal enthält das Handbuch einen ganzen Abschnitt, der sich ausschließlich mit dem Klimawandel befasst – und keine Abschnitte zu Biologie (obwohl wir einen Richter am Obersten Gerichtshof haben, der nicht einmal definieren kann, was eine Frau ist), Chemie oder Physik.

Das 1967 gegründete FJC ist die Forschungs- und Bildungseinrichtung der Justizbehörde der US-Regierung. Das Zentrum behauptet, „eine effiziente und effektive Rechtspflege und die Unabhängigkeit der Justiz zu unterstützen, indem es **genaue, objektive** Informationen und Bildungsangebote bereitstellt und eine gründliche und offene Analyse von Richtlinien, Praktiken und Verfahren fördert“ (Hervorhebung von mir [Autor]).

Das Gesetz zur Gründung des FJC sieht vor, dass der Vorsitzende Richter des Obersten Gerichtshofs der Vereinigten Staaten den Vorsitz seines Vorstands übernimmt.

Umstritten sind die Genauigkeit und Objektivität des Abschnitts zum Klimawandel. Das Wissenschaftshandbuch des FJC ist ein Nachschlagewerk, das von Richtern im ganzen Land zu wissenschaftlichen Themen verwendet wird, in denen sie keine besonderen Fachkenntnisse haben. (Und warum sollten sie solche Fachkenntnisse haben? Sie sollen doch auf der Grundlage der geltenden Gesetze urteilen und nicht auf der Grundlage wissenschaftlicher Erklärungen). Der Zusatz zum Thema Klimawissenschaft

ist weder neutral noch unvoreingenommen: Er wurde von aktivistischen Anwälten und Wissenschaftlern verfasst, die sich aktiv an Klimaklagen in den gesamten Vereinigten Staaten beteiligt haben, sowie von Klägern, Beratern und Klimaexperten, die an diesen Verfahren beteiligt waren.

Zu den im Klimawissenschaftsleitfaden des FCJ zitierten Personen gehören der Klimatologe Michael Mann, der kürzlich von einem Bundesgericht wegen Falschaussagen in einer von ihm eingereichten Klimaklage sanktioniert wurde, und die Umweltaktivistin und Wissenschaftlerin Jessica Wentz, wie Fox News berichtet:

Wentz ist die führende Expertin des Climate Judiciary Project am Environmental Law Institute.

Wentz, die auch Senior Fellow am Sabin Center for Climate Law der Columbia University ist, wird zusammen mit ihrem Kollegen Radley Horton auf Seite 1561 als Hauptautorin des Abschnitts aufgeführt.

Sie trat als Zeugin für die Kläger in der Rechtssache Juliana v. U.S. auf, in der junge Aktivisten der US-Regierung vorwarfen, ihre verfassungsmäßigen Rechte verletzt zu haben, indem sie ihre bevorzugten Klimaschutzmaßnahmen nicht umgesetzt habe.

Außerdem unterzeichnete sie einen Amicus-Brief zur Unterstützung der Umweltvorschriften der Obama-Regierung, nachdem mehrere Bundesstaaten 2016 Klage gegen die EPA eingereicht hatten.

Der Bericht von Fox News zitiert Michael Fragoso von Torridon Law, der die Ethik hinter dem Leitfaden in Frage stellt:

„Der gesamte Abschnitt des Leitfadens ist schockierend unangemessen – und wenn man sich die Organisationssitzung der National Academies ansieht, dann sogar absichtlich“, sagte Fragoso.

„Aber wenn man sich näher damit befasst, wird es nur noch schlimmer. Der Abschnitt über die ‚Wissenschaft‘ der Zuschreibung beispielsweise wurde zum großen Teil aus einem früheren Artikel übernommen, der von den beiden Autoren und Michael Burger verfasst wurde, der selbst als Anwalt für Klimakläger tätig ist.

Angesichts der Tatsache, dass die Attribution im Mittelpunkt dieser Klagen steht, ist es schockierend, dass das Judicial Center einem Klägeranwalt erlaubt, sie den Richtern zu ‚erklären‘. Noch schlimmer ist, dass sie in einer zufälligen Fußnote versteckt ist“

Die Anerkennung von Attributionsstudien als legitime Wissenschaft im FJC-Wissenschaftshandbuch ist besonders ungeheuerlich, da, wie in Dutzenden von [Beiträgen](#) von Climate Realism erläutert, die Attributionswissenschaft die wissenschaftliche Methode ablehnt. Attributionsstudien werden innerhalb weniger Tage nach einem extremen Wetterereignis überstürzt veröffentlicht. Sie gehen von dem aus, was sie

beweisen sollen: dass der Klimawandel ein bestimmtes Ereignis verursacht oder dazu beiträgt. Die einzige Frage ist, wie wahrscheinlich es wäre, dass das jüngste Extremereignis ohne den Klimawandel in gleichem Ausmaß aufgetreten wäre. Dann verwenden die Autoren Klimamodelle (mit seit langem bekannten Mängeln), um ein kontrafaktisches Szenario des Wetters ohne CO₂-Emissionen zu erstellen – unter der Annahme, dass CO₂ der Treiber des Wetters ist – und vergleichen es mit den Ergebnissen des Klimamodells mit CO₂.

Modelle sind keine Wissenschaft, keine Fakten und keine Daten; sie sind Werkzeuge, und sie sind nur so genau wie die ihnen zugrunde liegenden Annahmen. Klimamodellierer verstehen nicht alle Klimafaktoren gut, und die Ergebnisse der Modelle sind nur dann wertvoll, wenn sie die realen Daten genau wiedergeben und zuverlässige Vorhersagefähigkeiten aufweisen. Klimamodelle tun weder das eine noch das andere, doch im Klimateil des FJC-Handbuchs werden sie so behandelt, als wären sie Daten und würden zuverlässige Ergebnisse liefern.

Die Tatsache, dass das Dokument von einem öffentlichen Befürworter von Klimaklagen verfasst wurde, während es Materialien zitiert und ganze Abschnitte verwendet, die von einem Anwalt für Kläger in Klimaklagen verfasst wurden, hätte ausreichen müssen, um das klimawissenschaftliche Dokument von der Aufnahme in das FJC-Wissenschaftshandbuch auszuschließen. Es stellt einen direkten Interessenkonflikt dar: Richter verwenden die Sichtweise einer Seite zum Klimawandel als Leitfaden für die Entscheidung von Fällen, in denen es um wissenschaftliche Fragen geht.

Diese inhärente Voreingenommenheit ist nicht unbemerkt geblieben. Unter der Führung des Generalstaatsanwalts von West Virginia John B. McCusky haben die Generalstaatsanwälte von 27 Bundesstaaten einen Brief verfasst, in dem sie das FJC dafür kritisieren, dass es den eindeutig voreingenommenen Abschnitt zur Klimawissenschaft in sein Referenzhandbuch aufgenommen hat.

Die Generalstaatsanwälte sind empört darüber, dass interessierte Parteien verschiedener Klimaklagen an der Gestaltung, dem Verfassen und der Ausarbeitung des Materials im Referenzhandbuch mitgewirkt haben und dass die Attributionswissenschaft, ein sehr neues Forschungsgebiet, darin so behandelt wird, als handele es sich um gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse. In dem Brief der Generalstaatsanwälte heißt es:

Was auch immer man über frühere Ausgaben sagen mag, die kürzlich erschienene vierte Ausgabe kann sich einer solchen Zurückhaltung nicht rühmen. Sie befasst sich nicht nur mit unumstrittenen wissenschaftlichen Grundsätzen. Stattdessen positioniert sich die vierte Ausgabe in einigen der derzeit am heftigsten umstrittenen Fragen in Rechtsstreitigkeiten eindeutig auf einer Seite: klimabezogene Wissenschaft und „Attribution“. Eine solche Vorgehensweise untergräbt die Unparteilichkeit der Justiz

und legt einen Daumen auf eine Seite der Waage. Und das, obwohl diese Fragen derzeit vor dem Obersten Gerichtshof und anderen Teilen der Bundesjustiz anhängig sind.

Die Probleme im Abschnitt über Klimareferenzen scheinen bereits bei der Auswahl der Autoren begonnen zu haben. Jessica Wentz und Radley Horton sind beide mit Klimastudienprogrammen an der Columbia University verbunden. Und die Columbia University und ihre Forschungspartner betrachten Klagen gegen Staaten, traditionelle Energieerzeuger und andere seit langem als „Chancen“, um das zu „lösen“, was sie als „die dringenden Gefahren durch den Klimawandel“ ansehen. Wentz und Horton selbst haben Rechtsstreitigkeiten als Mittel zur Förderung ihrer bevorzugten politischen Ziele begrüßt und beklagen, dass „die politische Sphäre in den Vereinigten Staaten weiterhin von falschen Debatten über die Gültigkeit des Klimawandels überschattet wird“. ...

In einer Diskussion über mögliche Expertenaussagen in klima- und energiebezogenen Fällen beispielsweise verteidigen die Autoren oberflächlich „neuartige“ Attributionsmethoden – und versichern den Richtern pauschal, dass diese Methoden „in vielen Fällen“ überhaupt nicht „neuartig“ seien. Später, bei der Untersuchung der sogenannten Attributionswissenschaft, erklären die Autoren, dass bestimmte Aspekte dieses sich entwickelnden Fachgebiets tatsächlich „eindeutig“ etabliert sind – wodurch ein Prozessbeteiligter, der es wagt, eine andere Ansicht zu vertreten, von vornherein zum Scheitern verurteilt ist.

Aufgrund dieser und anderer problematischer Aspekte, die von den Generalstaatsanwälten im Referenzhandbuch des FJC zur Klimawissenschaft festgestellt worden sind, fordern die Generalstaatsanwälte, dass das FJC dieses Handbuch „aus Treue gegenüber der Verfassung, der es dient, unverzüglich zurückzieht. Das Zentrum sollte außerdem Verfahren einführen, um ähnliche, auf Propagandisten basierende Kapitel in zukünftigen Ausgaben zu verhindern.“

Die Fakten könnten nicht klarer sein. Viele der Behauptungen, die im Referenzhandbuch des FJC zur Klimawissenschaft und bei den ELI-Klimaretreats als gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse dargestellt werden, sind nicht gesichert, sondern werden aktiv diskutiert. Das Dokument selbst war nicht objektiv, sondern wurde von aktiven Befürwortern und Teilnehmern an Klimaklagen verfasst und bezog sich auf deren Argumente – was sie als Autoren eines Dokuments disqualifizieren sollte, das dazu dient, Klimawissenschaft objektiv und unvoreingenommen Richtern zu präsentieren, die möglicherweise aktive Fälle mit Klimawissenschaft als Streitpunkt vor sich haben oder solche Fälle in Zukunft vor sich haben werden.

Das Handbuch untergräbt die Ehrlichkeit der Ergebnisse und den Anschein fairer Entscheidungen in anhängigen Rechtsstreitigkeiten, verdient Spott und sollte zurückgezogen werden. Wenn das FJC diese Tatsache nicht versteht und den Abschnitt zur Klimawissenschaft aus dem Handbuch nicht

zurückzieht, sollte der Kongress vielleicht die Finanzierung des FJC und die Veröffentlichung des Wissenschaftsreferenzhandbuchs einstellen, bis es zur Vernunft kommt.

Quellen: [Federal Judicial Center](#); [Fox News](#); [Energy in Depth](#); [West Virginia Attorney General](#); [House Judiciary Committee](#); [Environmental Law Institute](#); [AG Letter](#)

Link:

<https://heartland.org/opinion/climate-change-weekly-570-congress-states-probe-attempts-to-mislead-judges-on-climate-change/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE